

Ausgabe: Februar 2025

## Demokratie-Newsletter

Der monatliche Demokratie-Newsletter bietet einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte. Er beinhaltet eine Auswahl relevanter Medienberichte, Urteile, Details zu nationalen Volksinitiativen und Hinweise auf neue juristische Publikationen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Schweiz. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

Herausgeber des Newsletters sind seit Januar 2025 das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und der Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen an der Universität Zürich von Prof. Dr. Andreas Glaser. Begründet wurde der Demokratie-Newsletter im August 2017 durch Prof. Dr. Dr. Andreas Kley und seine damaligen Mitarbeitenden am Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie» .....	2
2. Gerichtsurteile .....	4
2.1 Bundesgericht .....	4
2.2 Kantonale Entscheide .....	5
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) .....	6
3. Neue Volksinitiativen .....	6
4. Publikationen .....	7
5. Dokumentation und Kontakt .....	9

## 1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

**plädoyer** *Plädoyer 01/2025, S. 10 ff.*

Abstimmungsbeschwerden: Gewichtige Lücken im Rechtsschutz – Das Bundesgericht ist äusserst zurückhaltend bei der Aufhebung von nationalen Abstimmungen. Es bemängelt aber «unzulängliche» Hürden, die Beschwerden gegen Abstimmungen erschweren – etwa extrem kurze Fristen. ([Link](#))

NZZ *03.02.2025, S. 17*

[Kommentar von Peter A. Fischer] Wir überfordern die Demokratie – Alle wollen in einer Demokratie leben, und immer weniger vertrauen ihren Regierungen. Das hat auch damit zu tun, dass seit der Finanzkrise der Ruf nach dem Staat immer schneller ertönt. ([Link](#))



*05.02.2025, S. 11*

[Meinungsbeitrag von Helene Obrist] Kirchen umnutzen – ja, aber demokratisch – Bevor Kirchen zu Kletterhallen oder Museen werden, braucht es einen breiten und demokratisch abgestützten Konsens. ([Link](#))

NZZ *05.02.2025, S. 9*

Das Ticket, das zum Zwang wurde – Die Kandidatenkür bei Bundesratswahlen treibt seltsame Blüten. Die Geschichte einer Obsession. ([Link](#))

NZZ *09.02.2025, S. 11*

Was Initiativen sterben lässt. So wie die Umweltverantwortungsinitiative scheitern viele: Fail-Faktoren für Volksbegehren – Die Jungen Grünen haben es mit der Umweltverantwortungsinitiative verpasst, eine breite Debatte anzustossen. Und die Operation Libero stoppt nach jahrelangem Hin und Her die Unterschriftensammlung für ihre Europa-Initiative. Was lief da schief? ([Link](#))

NZZ 11.02.2025, S. 11

Chaos im Räderwerk der Demokratie: Der spektakuläre Parteiwechsel von Isabel Garcia fördert ein spektakuläres Problem zutage – Hat der Kanton Zürich Grundrechte verletzt? Ein Rechtsprofessor hat da einen Verdacht. ([Link](#))



11.02.2025, S. 17

Peinliche Panne: Wahlergebnisse folgen eine Woche später – Die Kandidierenden für den Bezirksrat und die Staatsanwaltschaft warteten am Sonntag gespannt auf die Wahlergebnisse. Doch sie kamen nicht. ([Link](#))



12.02.2025, S. 5

Ständemehr soll für die Verträge mit der EU nicht nötig sein – Die SVP will für die Bilateralen III eine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr-Hürde. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hat sich nun klar gegen diesen Vorschlag gestellt. ([Link](#))

NZZ 17.02.2025, S. 18

[Gastkommentar von Paul Richli] EU-Vertragswerk und doppeltes Mehr – Bundesrat und Bundesversammlung haben zwar nicht die Pflicht, aber durchaus das Recht, den Abschluss des EU-Vertragswerks dem obligatorischen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen. Aus rechtlicher Sicht spricht deutlich mehr für als gegen die Unterstellung unter das doppelte Mehr. ([Link](#))



18.02.2025, S. 11

[Gastkommentar von Astrid Epiney] Warum ein obligatorisches Referendum falsch ist – die EU-Verträge benötigen kein Ständemehr. Wer das anders sieht, müsste fundierter argumentieren als das Bundesamt für Justiz – was schwerlich gelingen wird. ([Link](#))

NZZ 24.02.2025, S. 8

Widerstand gegen muslimische Gräber im Thurgau – Weinfeldern will darüber abstimmen, ob muslimische Grabfelder auf dem Friedhof eingerichtet werden dürfen. Bisher gibt es nur wenige Grabfelder in der Schweiz. Doch das könnte sich ändern. ([Link](#))

NZZ 24.02.2025, S. 18

[Gastkommentar von Martina Flick Witzig und Adrian Vatter] Ein schlechtes Omen für die Abstimmung – Das Scheitern von politischen Vorlagen beginnt meist schon im Parlament. Sind für die Kompromissfindung Einigungskonferenzen notwendig, ist das häufig ein schlechtes Omen für die spätere Volksabstimmung. ([Link](#))

## 2. Gerichtsurteile

### 2.1 Bundesgericht



*Urteil des Bundesgerichts vom 10. Januar 2025 ([1C 679/2023](#))*

Ausgabeentscheid des Regierungsrats des Kantons Solothurn – Das Bundesgericht heisst die Stimmrechtsbeschwerde gut, soweit es darauf eintritt. Der Beschwerdeführer rügte, ein Ausgabeentscheid des Solothurner Regierungsrats sei zu Unrecht weder dem obligatorischen noch dem fakultativen Referendum unterstellt worden. Nach dem Bundesgericht handelt es sich bei der Liegenschaft, zu deren Kauf der Ausgabeentscheid diente, um Verwaltungsvermögen und überdies um eine neue Ausgabe. Entsprechend stehe die Kompetenz, die Ausgabe zu beschliessen, nicht dem Regierungsrat, sondern dem Kantonsrat zu. Das Bundesgericht hebt den Regierungsratsentscheid deshalb auf und überweist die Sache an den Kantonsrat.



*Urteil des Bundesgerichts vom 23. Januar 2025 ([1C 595/2024](#)) (franz.)*

Beschluss des Staatsrats des Kantons Waadt über die Einberufung des Wahlkörpers einer Gemeinde um über die Abberufung eines Gemeindepräsidenten zu entscheiden – Das Bundesgericht weist die Stimmrechtsbeschwerde des betroffenen Gemeindepräsidenten gegen ein Urteil des Kantonsgerichts ab, soweit es darauf eintritt. Unter anderem seien weder das rechtliche Gehör, der Vertrauensschutz, die politischen Rechte noch der Grundsatz der Verhältnismässigkeit verletzt worden.



*Urteil des Bundesgerichts vom 4. Februar 2025 ([1C 58/2025](#))*

Erneuerungswahlen der Mitglieder des Stadtparlaments St. Gallen für die Amtsdauer 2025-2028 – Entzug der aufschiebenden Wirkung – Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde gegen einen Entscheid des St. Galler Verwaltungsgericht nicht ein, welches den Entzug der aufschiebenden Wirkung einer vorhergehenden Stimmrechtsbeschwerde bestätigte.

## **2.2 Kantonale Entscheide**



*Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 20. November 2024 ([VB.2024.00666](#))*

Kommunale Urnenabstimmung vom 24. November 2024 – Genehmigung eines Planungskredits – Das Verwaltungsgericht weist die Stimmrechtsbeschwerde ab. Der Beschwerdeführer machte geltend, dass die Stimmberechtigten im Vorfeld der Abstimmung falsch informiert und getäuscht worden seien. Das Verwaltungsgericht hält die Abstimmungerläuterungen hingegen für nicht zu beanstanden.



*Urteil des Verwaltungsgerichts Schwyz vom 16. Dezember 2024 ([III 2024 135](#))*

Abschluss eines Baurechtsvertrages – Das Verwaltungsgericht tritt auf die Stimmrechtsbeschwerde nicht ein, da diese verspätet sei. Die Beschwerdeführer rügten, dass die Gemeinde den Stimmberechtigten einen Baurechtsvertrag zu Unrecht nicht zur Beschlussfassung unterbreitet habe.



*Beschluss des Regierungsrats Zürich vom 5. Februar 2025  
([RRB 114/2025](#))*

Erneuerungswahl der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Bezirks Zürich für die Amtsdauer 2025–2029 vom 9. Februar 2025 – Der Regierungsrat weist den Rekurs in Stimmrechtssachen ab, soweit er darauf eintritt. Ausgangslage war, dass 33 von 35 Sitzen in stiller Wahl besetzt wurden. Für die zwei verbleibenden Sitze fehlten Wahlvorschläge, weshalb für diese eine Urnenwahl mit leerem Wahlzettel ohne Beiblatt erfolgte. Der Rekurrent bemängelte unter anderem, dass die Stimmberechtigten ohne Informationen zu den Kandidierenden und Wahlvorschläge nicht wüssten, wer zur Wahl stehe und wer wählbar sei. Zudem sei es eine Ungleichbehandlung, wenn einige Staatsanwälte in stiller Wahl und einige an der Urne gewählt würden. Der Regierungsrat kommt demgegenüber zum Schluss, dass die Wahl korrekt verlaufen ist.

**2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)**

*keine*

**3. Neue Volksinitiativen**



*Überblick hängige Volksinitiativen<sup>1</sup>*

- Initiativen im Sammelstadium ([14](#)) (0)
- In Auszählung ([0](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([10](#)) (0)
- Beim Parlament hängig ([10](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([0](#)) (-1)

---

<sup>1</sup> Stand 28. Februar 2025.



#### *Botschaft des Bundesrats vom 29. Januar 2024*

In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2025 458](#))

#### 4. Publikationen



BIAGGINI GIOVANNI, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 22. Mai 2024, 1C\_223/2023 (zur Publikation vorgesehen; Entscheidbesprechung), ZBI 126/2025, S. 85 ff. ([LEXcampus](#))



BOILLET VÉRONIQUE/HOTZ SANDRA/HUGENTOBLE MANUELA/KAPFERER NILS, Frauenstimmrecht und Demokratie, Mechanismen des (Un-)Rechts, Zürich/St. Gallen 2025 ([Verlag](#))

**LawInside.** COLLAUD MARGAUX, Le changement de parti politique par une élue entre son élection et son entrée en fonction, LawInside vom 9. Februar 2025 ([Link](#))



FINGERHUTH CASPAR, Rechtsstaat in Not? Grundlagen und Praxis der bundesrätlichen Notrechtskompetenz, Zürich/Genf 2025 ([Verlag](#))



JAAG TOBIAS, Rechtsschutz gegen Justizverwaltungsakte des Zürcher Obergerichts, Besprechung von BGer, 1C\_668/2023, 22.8.2024, AJP 2025, S. 167 ff. ([LEXcampus](#))



LEHNER IRINA/MARKIĆ LUKA, Parteiwechsel vor der Wahl als schwere Irreführung der Stimmberechtigten im Doppelproporz, Besprechung von BGer, 1C\_223/2023, 22.5.2024 (zur Publikation vorgesehen), AJP 2025, S. 145 ff. ([LEXcampus](#))



LÜSCHER SANDRO, 20 Jahre Doppelproporz – eine Rückschau, DeFacto vom 20. Februar 2025 ([Link](#))



Schweizerisches  
Zentrum für  
Verfassungs- und  
Verwaltungsrecht

MARKIĆ LUKA, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 25. April 2024, 1C\_226/2024 und 1C\_227/2024 (Entscheidbesprechung), ZBI 126/2025, S. 107 ff. ([LEXcampus](#))



SPESCHA MARC, Die Rechtsstaatlichkeit der Demokratie steht auf dem Spiel, Plädoyer 01/2025, S. 36 ff. ([Link](#))



ZUMSTEG PATRICE MARTIN, Demonstrieren auf Nebenstrassen? – «Winterwanderung für Klimagerechtigkeit» anlässlich des WEF 2023, Besprechung von BGer, 1C\_28/2024, 1C\_32/2024, 1C\_33/2024, 1C\_34/2024, 8.10.2024 (zur Publikation vorgesehen), AJP 2025, S. 140 ff. ([LEXcampus](#))



## 5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Zentrum für Demokratie Aarau](#)

Newsletter: An- und Abmeldung an [demokratie-newsletter@zdaarau.ch](mailto:demokratie-newsletter@zdaarau.ch)

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen.



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidsammlung des Bundesgerichts:

[Schweizerisches Bundesgericht](#)

### **Kontakt:**

Zentrum für Demokratie Aarau  
Villa Blumenhalde  
Küttigerstrasse 21  
5000 Aarau

Universität Zürich  
Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht  
unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen  
Rämistrasse 74/14  
8001 Zürich

[demokratie-newsletter@zdaarau.ch](mailto:demokratie-newsletter@zdaarau.ch)

### **Redaktion:**

Lynn Gassmann, BLaw  
Dr. iur. Luka Markić, RA  
Joel Probst, BLaw